

HANS-PETER SCHNEIDER

Einführung in das Thema

Sehr verehrte Frau *Langenfeld*, sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrte *Freifrau von Berlichingen*, Herr Minister,

zunächst möchte ich mich beim Vorstand der Stiftung sehr herzlich dafür bedanken, dass er mir die wissenschaftliche Leitung der 55. Bitburger Gespräche anvertraut hat. Ich weiß nicht, womit ich diese Auszeichnung verdient habe. Wenn Sie es auch nicht wissen, dann werde ich mich wenigstens bemühen, mir diese Auszeichnung während dieser Tagung zu verdienen. Denn ich komme mir vor einem so erlauchten Kreis von Experten auf dem Gebiet der Demokratie gewissermaßen ein bisschen vor wie ein kleiner Mönch, der nunmehr die Aufgabe hat, in Anwesenheit des Heiligen Vaters und des Kardinalkollegiums eine Tagung über die Bibel leiten zu sollen. Jeder weiß natürlich, was Demokratie ist, worum es bei der Demokratie geht, und deshalb erhoffe ich mir, gerade auch von Ihnen, in den Diskussionen vielfältige Anregungen.

Nun zu unserem Thema, in das ich einführen soll. Es besteht aus zwei Teilen: „Zukunft der Demokratie“, über die wir heute sprechen wollen, und „Demokratie der Zukunft“, die morgen unser Gegenstand sein wird. Natürlich lässt sich beides nicht trennscharf voneinander abgrenzen. Das ist auch gar nicht beabsichtigt. Aber der Akzent sollte doch heute eher bei der Demokratie liegen, wie wir sie kennen und erleben, mit allen Vorzügen, aber auch mit all ihren Problemen und Mängeln, während morgen Fragen im Vordergrund stehen sollen, welche Gestalt die Demokratie in Zukunft annehmen wird, ob und wie sie sich verändert, welche Faktoren dafür maßgeblich sind und was diese Metamorphose für die drei Funktionen der demokratischen Ordnung – Legitimation staatlicher Herrschaft, Partizipation der Bürger an der politischen Willensbildung und Organisation von Verantwortung und Kontrolle der öffentlichen Gewalt – in ihren praktischen Auswirkungen bedeutet.

Das heutige Gespräch mit der etwas provozierenden Frage „Ende oder Wende?“ soll sich mit neuen Herausforderungen der Demokratie der Gegenwart beschäftigen. Wenn man die wissenschaftliche Diskussion dazu verfolgt, schwanken die Meinungen zwischen Euphorie und Endzeitstimmung – etwas übertrieben formuliert. Einerseits wird festgestellt, dass das Demokratieprinzip spätestens seit Beginn des 20. Jahrhunderts seinen Siegeszug durch die ganze Welt angetreten hat. Kein Staat kann es sich heute mehr leisten, sich offen als anti- oder undemokratisch darzustellen, und selbst Staaten, die es in der Realität sind, nennen sich sogar „Volksdemokratien“, in der Hoffnung, durch die Doppelung des Bezugsobjekts „Volk“ ihren Mangel an Demokratie verdecken zu können. Auch zeuge die Tatsache – so sagen die Optimisten –,

dass sich als politische Reaktion auf bestimmte Probleme immer wieder neue Parteien gebildet hätten – denken Sie an die Grünen, heute an die Piraten – von der Lebenskraft der Demokratie in offenen Gesellschaften.

Auf der anderen Seite ist aber gelegentlich auch schon vom Ende des demokratischen Zeitalters die Rede. Man spricht von „Postdemokratie“ und meint damit einen Zustand wachsender Entpolitisierung der Bevölkerung, vor allem in den unteren Schichten, verbunden mit einem – wie es so schön heißt – selbstreferenziellen System formal noch intakter Strukturen und Institutionen (also Wahlen, Wahlkämpfe, Parteienkonkurrenz, Parlamentarismus), das jedoch de facto von einer Allianz politischer und ökonomischer Eliten und intransparenter Verhandlungsprozesse geprägt werde – so etwa der englische Soziologe *Crouch*, der das Wort „Postdemokratie“ erfunden hat. Die neue, vor allem bei Linken beliebte These von postdemokratischen Zuständen erinnert fast ein wenig an die Parlamentarismuskritik der zwanziger Jahre, bei der ebenfalls bestimmte Erscheinungsformen idealisiert wurden, um das reale Parlamentsgeschehen als Verfallserscheinung disqualifizieren zu können.

Nun ist Demokratiekritik keineswegs neu. Schon *Rousseau* hat festgestellt, dass nur Götter in einer Demokratie leben könnten, für Menschen passe diese Staatsform nicht. Und von *Churchill* ist das bekannte Wort überliefert, Demokratie sei die schlechteste aller Staatsformen, abgesehen von allen anderen. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass es seit einiger Zeit ernstzunehmende Entwicklungen gibt, die zwar nicht als Krise der Demokratie, aber doch als Anlass zur Sorge um die Zukunft der Demokratie bezeichnet werden können. Ich nenne beispielhaft einige Problemfelder, auf die Frau *Langenfeld* auch schon hingewiesen hat: Fragmentierung des Parteiensystems, vom Drei- zum Fünf-, ja vielleicht sogar zum Sechs-Parteien-Parlament, Volatilität der Wählerschaft, sinkende Bedeutung von Klientelparteien, Verschwinden sogenannter Hochburgen, Rückgang weltanschaulicher Orientierung und programmatischer Differenzen. Konkret: Alle Parteien suchen heute ihre Wähler in der Mitte. Das führt zu einer Art Sozialdemokratisierung der Konservativen und zu einer Annäherung der Sozialdemokraten an konservative Positionen. Wer hätte jemals vorherzusagen gewagt, dass die SPD die Rente mit 70 einführen und die CSU sie am liebsten wieder abschaffen würde. Kenner der CSU haben mir allerdings gesagt, das sei gar nicht so überraschend, weil dort das „S“ im Parteinamen durchaus sehr ernst genommen wird.

Mitgliederschwund in Vereinen und Parteien, Ausweitung der innerparteilichen Demokratie, Mitgliederbefragung, Mitgliederentscheidung, Urwahlen der Spitzenkandidaten, Mitgliebereinfluss auf die Landeslisten. Wichtig oder problematisch erscheint mir noch zu sein: die Beschleunigung des Politikbetriebs (darauf werden wir dann wahrscheinlich auch morgen einmal zu sprechen kommen), der dadurch gekennzeichnet ist, dass im Grunde vom Politiker heute erwartet wird, dass er unter Zuhilfenahme der Neuen Medien praktisch alles zu jeder Zeit weiß und auf alles zu jeder Zeit die richtige Antwort geben kann. Entparlamentarisierung der Politik – wir sprechen gelegentlich von einer Kommissionsdemokratie; wenn die Regierung ein Problem hat, dann wird das nicht etwa in erster Linie im Parlament behandelt, sondern es wird eine Kommission eingesetzt, die dazu Vorschläge machen soll. Talkshows als Ersatzforen

der politischen Auseinandersetzung – ich nenne das „Politainment“, ein Problem, das in gewisser Weise auch die Medien angeht und bei dem sich die Medien auch Fragen stellen lassen müssen. Demokratisierung der europäischen Ebene ist schon angesprochen worden. Defizite des EU-Parlaments (Stichwort Initiativrecht?), europäische Parteien und deren Finanzierung – europäische Parteien sind heute Funktionärsclubs, aber keine Mitgliederparteien. Die Frage wäre, ob wir nicht angesichts der Tatsache, dass wir nun auch den europäischen Bürger haben, dazu übergehen sollten, in den europäischen Parteien auch eine individuelle Mitgliedschaft vorzusehen, um die Bürger näher an Europa heranzuführen.

Man könnte die Liste solcher Problemfelder endlos weiterführen und vor allem über Möglichkeiten der Abhilfe nachdenken. Ich möchte dies aber mangels eigener praktischer Erfahrung auf dem Felde der Politik besser unserem Hauptreferenten und den beiden Diskutanten der nachfolgenden Diskussionen überlassen. Damit möchte ich meine kurzen Einführungsworte beenden und gleichzeitig überleiten zum Hauptvortrag, den Herr Dr. *Henning Voscherau* freundlicherweise übernommen hat. Ich möchte ihn ganz kurz vorstellen, obwohl Sie alle seine Kurzbiographie in ihren Tagungsmappen vor sich haben. Aber ich denke, es ist ein Gebot der Höflichkeit, dann auch ein paar persönliche Worte jeweils zum Vortragenden zu sagen.

Herr *Voscherau* ist durch und durch Hamburger, dort geboren, dort studiert, erstes Staatsexamen, Promotion, das schien alles sehr glatt gelaufen zu sein. Referendariat und dann kommt der Notariatsassessor und seit 1974 der Notar in Hamburg. Ich weiß aus eigener Erfahrung und will das auch gleich noch etwas erläutern, dass man als Notar in Hamburg überhaupt nur eine Stelle findet, wenn man ausgezeichnete Examina hat – die Noten stehen zwar nicht dabei, lieber Herr *Voscherau*, aber ich könnte mir denken, dass das auch auf Sie zutrifft. Im Übrigen ist eine Notarstelle in Hamburg eine „Lizenz zum Gelddrucken“, wenn ich es mal etwas salopp sagen darf, und deshalb so begehrt. Ich hatte nämlich mal einen Assistenten namens *Hoffmann*, den ich gerne habilitiert hätte und der völlig überraschenderweise ein Notariat in Hamburg angeboten bekam und natürlich sagte: „Also mein Lieber, du wirst verstehen, dein Beruf ist zwar sehr schön, aber Notar in Hamburg ist dann doch noch etwas ganz anderes und besseres“. Also ich musste ihn ziehen lassen. So viel zum Hamburger Notariat. Herr *Voscherau* ist natürlich auch bundesweit bekannt geworden, zunächst als Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft von 1974 bis immerhin 1997. Ich war gerade in Hamburg vertretend an der Universität tätig, als dort das neue Hochschulgesetz verabschiedet wurde. Ich erinnere mich, dass Herr *Voscherau* sich damals vehement dafür eingesetzt und studentische Vollversammlungen überlebt hat, in denen ich wahrscheinlich gescheitert wäre. Er hat das sehr mutig und immer sehr entschieden gemacht. Er war dann Erster Bürgermeister, immerhin fast zehn Jahre lang, von 1988 bis 1997, als solcher Präsident des Bundesrates 1990/91 und schließlich zusammen mit *Rupert Scholz* Vorsitzender der Gemeinsamen Verfassungskommission des Deutschen Bundestages und Bundesrates nach Herstellung der Deutschen Einheit von 1992 bis 1994, in der ich die Ehre hatte, als Mitarbeiter von *Hans-Jochen Vogel*, dem Obmann der SPD-Fraktion, tätig zu sein. Seit 2000 ist Herr *Voscherau* der Bucerius Law School

in Hamburg verbunden, zunächst als Vorsitzender der Gründungskommission, danach als Kuratoriumsmitglied sowie Mitglied des Aufsichtsrats. Schließlich ist er Mitglied des Kuratoriums der ZEIT-Stiftung. Ich heiße Sie herzlich willkommen, lieber Herr *Voscherau*, und möchte Ihnen das Wort erteilen. Ich bin sehr gespannt auf Ihren Vortrag.